

Entlastung darf nicht zur Belastung anderer werden

Aarumgehung in der Diskussion – Keine neuen Erkenntnisse – Landtagskandidaten der Region nahmen Stellung

Gut, mal wieder darüber gesprochen zu haben. Alte Sachverhalte, alte Standpunkte, alte Ergebnisse – zwei Stunden „Bürgerinformation“ zeigten einmal mehr Befürworter und Gegner der Aarumgehung sind in ihren Positionen ähnlich weit auseinander wie die Trassenwünsche der Ortsräte von den Vorstellungen des Bundesverkehrsministeriums.

Flacht, FW-Landtagskandidat Armin Hillingshäuser dürfte mit dem kürzesten Statement dem Sachverhalt am nächsten gekommen sein: „Die Wahrscheinlichkeit für den Bau der Umgehung ist gering.“

Emotional, unversöhnlich, so stehen sich die Initiativen gegenüber. Es wird seinen Grund gehabt haben, dass Hillingshäuser, in der Initiative gegen die Umgehung Holzheim zu Hause, zu bedenken gab, dass alle zusammen auch in Zukunft in dem Tal leben müssten... Recht einfach machte es sich Dr. Thorsten Janning (Bündnis 90/ Die Grünen): Mehr Lärm, mehr

Verkehr, keine „goldene Lösung“, um allen gerecht zu werden, kein Platz für eine zweite Straße durch das enge Tal und erst recht kein Gedanke an die Bedürfnisse der Hauptstraßen-Anlieger. „Lassen Sie uns dafür kämpfen, dass die Umgehung aus dem Bundesverkehrswegeplan kommt“, forderte das Vorstandsmitglied der Grünen Hahnstäten und Rhein-Lahn, während B 54-Anlieger tapfer ihr Transparent von der „Dreck- und Lärm-Meile“ in die Höhe hielten.

Berufsverkehr entzerren

Der Verein „Ja zur Aar“ hatte in die Aartalhalle nach Flacht eingeladen und Referenten die Möglichkeit gegeben, ausführlich alte Sachverhalte aufzuwärmen, Spekulationen anzustellen und gute Ratschläge zu verbreiten. Es ging darum, aus der festgefahrenen Haltung zwischen Bund und Ortsgemeinden die Suche nach Alternativen abzuleiten: Den Berufsverkehr entzerren, den Lkw-Betrieb vor allem nachts reduzieren, Schäfer-Kalk und Holzverladung Oberneisen auf die Bahn

bringen, überhaupt die Aartalbahn mit Haltepunkten in jedem Ort reaktivieren, den Busverkehr drosseln, Tempolimits einführen, den Verkehr durch Ampeln steuern und Flusterasphalt verwenden. Der Individualverkehr soll reduziert und die Gründung von Fahrgemeinschaften forciert werden.

Laut Prognose soll der Verkehr

bis zum Jahr 2020 um 18 Prozent ansteigen und etwa 68 Prozent von der Umgehung, auf der das Aufkommen um zehn Prozent ansteige, aufgefangen werden. Tatsächlich seien es heute aber weniger Fahrzeuge als in den Berechnungen vorausgesagt. Ausbaugesner haben aus dem Verkehrsaufkommen einen Anteil von einem Drittel für



Waren nach zwei Stunden Information auch nicht schlauer: Zuhörer bei der Diskussion über die Aarumgehung. Foto: Westerweg

den Quell- und Zielverkehr errechnet. Fahrzeuge also, die auf jeden Fall im Ort bleiben und gar nicht auf eine Umgehung ausweichen würden.

Betont wurde, dass nur 200 der 1114 Haushalte in Flacht und Niederneisen von der Belastung unmittelbar betroffen und von Bürgern angeregte Lösungen zur Verkehrsberuhigung angeblich nicht machbar seien. Eine Westumgehung sei nicht untersucht worden und die Notwendigkeit hinsichtlich des abschätzten Bevölkerungsschwunds fraglich. Fazit: Es gebe im engen Aartal keinen Platz für eine zweite Bundesstraße.

Gemeinschaftliche Lösung

Frank Puchtler (SPD) und Matthias Lammert (CDU) – beide sind als Landtagsabgeordnete an den Entscheidungen des Bundes nicht beteiligt – erkannten die Probleme an der B 54 an, nannten eine Verlegung des Straßenzugs berechtigt und warben für eine gemeinschaftliche Lösung. Entlastung dürfe im engen Tal aber nicht zur Belastung

an anderer Stelle werden. Um das Aartal nach vorn zu bringen, sei eine einvernehmliche Lösung erforderlich, erinnerte Puchtler an die klare Position der Ortsräte und des Bundes. Am Schluss gebe es sonst gar nichts. Lammert gab zu bedenken, dass der Bund nicht gegen den Willen der Gemeinden baue und die Maßnahme ohne Einigung aus dem Verkehrswegeplan fliege. Die Mittelrheinquerung diene, anders als zuvor behauptet, der Zusammenführung zweier strukturschwacher Regionen und habe mit der Aarumgehung nichts zu tun.

Für die FDP schloss sich Susanne Pillokat-Jangen dem Wunsch der Ortsräte an, allerdings müsse das Projekt in einem sinnvollen Kosten-Nutzen- und Belastungsverhältnis stehen. Die Landtagskandidatin regte direkte Gespräche zwischen Kommunen und Bundesverkehrsministerium an und wünschte sich für künftige Informationsveranstaltungen die Teilnahme von Ortsbürgermeistern und Landesbetrieb Mobilität. Weil's sonst keinen Sinn mache. *hbw*